

# Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. G.  
Druck und Verlag: d. Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: F. M. Schmidt.  
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nachfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf. = 1 1/2 Sgr.

## Fruchtpreise zu Neuß am 10. December.

|                                            |          |       |                     |       |
|--------------------------------------------|----------|-------|---------------------|-------|
|                                            | 1. Qual. | 23 30 | Safer               | 14 20 |
| Weizen                                     | 2. "     | 21 30 | Rüben (Auel)        | 24 20 |
|                                            | 3. "     | — —   | Waps 1. Qual.       | 25 70 |
| Landroggen                                 | 1. Qual. | 18 —  | " 2 Qual.           | 24 20 |
| neuer                                      | 2. "     | 17 —  | Kartoffeln          | 7 —   |
| Winter                                     | "        | 16 50 | Heu                 | 6 —   |
| Gerste                                     |          |       | Roggenstroh         | 4 80  |
| Buchweizen 1. Qual.                        |          | 16 50 |                     |       |
| Preise unverändert.                        |          |       |                     |       |
| Müßli per 100 Kilo in Partien von 100 Ctr. |          |       |                     | 60 —  |
| Müßli per 100 Kilo faßweise                |          |       |                     | 62 —  |
| Geringstes Del per 100 Kilo 3. —           |          |       | Dr. höher als Müßli |       |
| Verzinsen per 1000 Kilo                    |          |       |                     | 153 — |
| Weizen-Vorjahr 00 per 100 Kilo             |          |       |                     | 34 —  |
| Äpfel per 50 Kilo                          |          |       |                     | 5 80  |
| Müßli und Roggen unverändert.              |          |       |                     |       |

## Der Generalbericht der Eisenbahncommission.

Die Eisenbahncommission veröffentlicht den Generalbericht über die in 10 Sitzungen vorgenommene Beratung der Eisenbahnvorlage. In eine grundsätzliche Erörterung des Streites über den Nutzen und die Angemessenheit eines bestimmten Eisenbahnsystems für unseren Staat ist die Commission nicht eingetreten. Zunächst wurden die mit mehreren Privat-Eisenbahngesellschaften auf den Vortrag von Spezialreferenten durchgeführten und über dieselben im Einzelnen und Ganzen eine Abstimmung herbeigeführt, die jedoch nur einen Eventualcharakter hat; dann ging man zur Feststellung der Garantien und schließlich zur Beratung des Gegenwurfs über. Durch das System der Verträge ist Rücksicht getragen, daß auf den Staat keine Verpflichtungen übernommen werden, deren Erfüllung in ungewöhnlichem Umfange die Beschaffung von Baarmitteln zu einer Zeit verlangt, die der Staat nicht selbst bestimmen und deren Verhältnisse er daher nicht berücksichtigen kann. Im Uebrigen tritt der Staat zunächst lediglich in die Stellung eines Betriebsübernehmers für eigene Rechnung (ausgenommen bei Hannover-Altenbeken, deren Activa vorläufig vollständig in den Besitz des Staates übergeben werden) und für einige Zeiten. Als Betriebsübernehmer hat er die auf den einzelnen Unternehmungen ruhenden laufenden Verpflichtungen zu erfüllen und außerdem den Actionären eine feste Rente zu zahlen. Zur Herbeiführung der Liquidation ist der Staat, nachdem er die Concessionierung der Actien in Staatsobligationsverreibungen angeboten hat, nur berechtigt, nicht verpflichtet. Von juristischer Seite ist versucht worden, die Verträge für rechtsgültig zu erklären, weil durch den Inhalt derselben die Individualrechte der Actionäre verletzt würden, und das Recht auf Theilnahme am Gesellschaftsgewinn nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags dem Actionär als ein „Sonderrecht“ zustehe, welches durch einen Majoritätsbeschluß nicht aufgehoben werden könne. Die

Commission war aber in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß, indem der Staat die Verwaltung gegen Gewährung einer festen Rente an die Actionäre übernehme, ein solcher Vertrag die Bedeutung eines der Pacht ähnlichen Vertrages habe, bei welchem die Gesamtschuld der Rente die Pachtsumme bildet, die künftig an Stelle des Reinertrags tritt. Die Verpachtung des ganzen Unternehmens ist an und für sich ebenso zulässig, wie die eines Theiles, — die Verpachtung gegen eine feste Rente ebenso wie die gegen die eine variable Rente. Zugleich wird bei den Contrahenten die Möglichkeit der Auflösung des Pachtverhältnisses gelassen. Der Actionär kann unter gewissen Voraussetzungen seinen Actienbesitz an den Staat abtreten; der Staat hat das dauernde Recht, das Eigenthum der Bahn unter bestimmten Bedingungen an sich zu bringen.

In diesen Bestimmungen kann, nach Ansicht der Commission, kein Bedenken gegen die Gültigkeit der Verträge liegen. Dieselben sind von den Generalversammlungen unter Beachtung der statutenmäßigen Vorschriften in formell gültiger Weise genehmigt worden und ist dadurch zugleich die Auflösung der Gesellschaft für den in dem Vertrage vorgegebenen Fall und unter den daselbst festgestellten Modalitäten der Liquidation beschaffen. — Eine weitere rechtliche Erörterung knüpfte sich an die Frage, ob den Anleihegläubigern der Gesellschaften ein Kündigungsrecht zustehe, sobald die Auflösung der Gesellschaft erfolge. Ein Theil der Commissionmitglieder bejahte die Frage und meint, die Prioritätsgläubiger brauchten sich den Wechsel des Eigentums nicht gefallen zu lassen. Die Staatsregierung war der Ansicht, daß die Inhaber der Prioritätsobligationen einen Widerspruch gegen die Auflösung der Gesellschaft ohne gleichzeitige Rückzahlung der ganzen Obligationenforderung nicht erheben und keine Rechtsverlegung darin erkennen können, wenn ohne weitere Sicherstellung der Staat die Verpflichtungen der Privatgesellschaften mit sich nimmt.

Die vertragmäßige Stellung der Beamten angehend, hat die Regierung mit den Mitgliedern und Hilfsarbeitern der Direction, die sich in fester Stellung befinden, besondere Abkommen über die Höhe der ihnen zu leistenden Entschädigungen getroffen. Insgesamt handelt es sich um 35 Beamte dieser Art, die mit einer Gesamtsumme von 3908000 M. abgefunden werden sollen. Die Summe wird sich aber in sofern verringern, als die Directoren der Magdeburg-Halberstädter und der Köln-Mindener Bahn, die in Staatsdienste übertreten wollen, auf einen Theil der Abfindungssumme zu verzichten haben. Mit Bezug auf die übrigen Beamten, die, solange die Gesellschaft als solche nicht aufgelöst wird, Beamte der betreffenden Gesellschaft bleiben, sagte die Regierung zu, daß deren Verhältnisse mit thunlichster Schonung der berechtigten Interessen geregelt werden sollen. Die Zahl der Beamten im Staats-Eisenbahndienste wird sich den Umständen der zu erwerbenden Bahnen ungefähr verdoppeln. Was die finanzielle Seite der Verträge angeht, so hat die Commission in ihrer Mehrheit die Ueberzeugung gewonnen, daß die Genehmigung vom Standpunkte der voraussichtlichen Finanzverhältnisse zu empfehlen ist; nur in Bezug auf Hannover-Altenbeken

herrschte lebhafter Meinungsstreit. Die Betriebsergebnisse rechtfertigen den Kaufpreis nicht und mit Sicherheit ist in absehbarer Zeit an Besserung nicht zu denken. Aber weil es im Staats-Eisenbahninteresse liegt, Magdeburg-Halberstadt zu erwerben, diese aber nicht zu haben ist, solange Hannover-Altenbeken widerspricht, so stimmte die Commission auch dem Vertrage mit letzterer Bahn zu. Nach der Meinung der Commission ist es gerechtfertigt, zu erwarten, daß die anzulaufenden Bahnen einen steigenden Betrieb haben und in ihrer Gesamtheit ein günstiges finanzielles Resultat ergeben werden, welches nicht allein die Staatsfinanzverwaltung für die auf Grund der geschlossenen Verträge übernommenen Verpflichtungen schadlos hält, sondern auch dazu beiträgt, die finanziellen Ergebnisse der gesamten preussischen Staatsbahnen günstiger zu gestalten, als sie in den letzten Jahren waren. Schluß folgt.

## Deutschland.

CPC. Berlin, 6. Dec. Die gestern angekündigte Redeschlacht begann in der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses mit dem Angriffe des Abg. Dr. Röderath gegen den Abg. Richter, der glaubt, das Centrum bei der wirtschaftlichen Frage fortwährend „festnageln“ zu müssen, sich dabei aber mehr auf eine gute Lunge verläßt als auf gute Gründe. Der Punkt, um den es sich handelte, so führte der Centrumsredner aus, sei der, ob die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel eine solche Höhe erreicht, daß der Arbeiter dadurch wirklich geschädigt wird, oder aber, ob dadurch, daß ein wirtschaftlicher Compromiß zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und denen der Industrie herbeigeführt worden sei, man so viel Arbeit den städtischen Arbeitern schaffe, daß ihre Consumtionsfähigkeit und ihr Verdienst in dem Maße steigt, daß sie diese kleine Vertheuerung recht wohl ertragen können. Wenn die neue Wirtschaftspolitik nicht Platz gegriffen hätte, würden ohne Zweifel mindestens noch 200 000 Arbeiter mehr feiern müssen, als thatsächlich feiern, der Nothstand noch größer sein. Der Nothstand Ober-Sachsens beruhe noch besonders auf den dortigen verkehrten wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen eine gründliche sociale Aenderung angebracht sei. Abg. v. Schorlemer-Mast fragte an, wo denn die Antifortnollage bleibe, von der Richter und seine Partei immer gesprochen. Abg. Richter und der ganze Fortschritt leisteten etwas Positives nicht, litten am parlamentarischen Marasmus und lebten bloß noch vom Centrum, welches sie in Reden und Correspondenzen angriffen. Im Uebrigen möge Herr Richter reden, so viel er wolle, wenn er nicht endlich etwas Neues vorbringe, werde er keine Antwort mehr erhalten. Mit allem seinem Gerede könne er den Hunger in Obersachsen nicht stillen, höchstens könne man, wenn es gedruckt würde, den Ofen damit heizen. — Das war deutlich gesprochen und Herr Richter glaubte seine Partei am besten durch Grobheit retten zu können. Erst versuchte er, Herrn Schorlemer-Mast geistigen Nothstand vorzuwerfen, und als der Präsident ihn damit nicht durchließ, probirte er es mit geistigem „Marasmus“, der seiner Partei ja auch vorzuwerfen sei. Nur, meinte er, habe

## Dorenberg.

Von A. St.

(Fortsetzung.)

XI.

Ein Jahr war seit dem Morde des Majors Arnburg verstrichen. Vor dem Criminalgericht-Gebäude in B\* drängte sich schon seit dem frühesten Morgen eine aus allen Ständen bunt durcheinander gemischte Volksmasse. Jeder war bemüht, der erste am Thor zu sein, um, wenn dasselbe dem Publikum geöffnet werden würde, noch einen Platz im Zuscherraum des Schwurgerichts zu finden. Der Prozeß des vornehmen Raubmörders, des Baron von Lapperg, sollte heute vor den Geschworenen verhandelt werden, ein Prozeß, der ein Interesse in allen Kreisen der Residenz erregt hatte, wie seit langen Jahren kein anderer. Ein Raubmörder, der einer der vornehmsten Familien des Landes angehörte, war schon dadurch ein Gegenstand des Interesses und hätte die Zuscherräume des Schwurgerichts nicht gefüllt; hier aber handelt es sich außerdem um einen Prozeß, der reich an interessanten und spannenden Episoden zu werden versprach.

Der Angeklagte leugnete sein Verbrechen, obgleich gegen ihn die unzweifelhaftesten Beweise vorlagen. Er bestritt die Wahrheit anerkannt erwiesener Thatfachen mit einer Frechheit sonder Gleichen, und die Aufgabe des Staatsanwalts mußte es sein, dem Verbrecher auf seinem Wege bis zur Nothdürftigkeit zu folgen, seine Lügen und Ausflüchte zu entziffern, seine Schuld so unwiderleglich darzustellen, daß die Geschworenen mit ruhigem Gewissen ihr Schuldspruch sprechen konnten. Eine schwere Aufgabe, denn dem Verbrecher zur Seite stand der berühmteste Verteidiger der Residenz, ein scharfsinniger Jurist, der schon vielfach durch seine glänzende Beredsamkeit in den schwierigsten Fällen gefiegt hatte und der auch diesmal zu siegen hoffte, denn eine Zeugin, zu deren Vernehmung die Staatsanwaltschaft alle ihr zu Gebote stehenden Mittel angewendet hatte, war nicht aufzufinden gewesen, Clara von Arnburg, die Tochter des Ermordeten.

Endlich öffneten sich die Thore des Gerichtshauses, die Menge strömte in den Saal, den sie schon halb angefüllt fand mit jenen Bevorzugten, die sich durch Hintertüren einen früheren Eintritt zu verschaffen gewußt hatten, durch Damen und Herren aus den höchsten Ständen, welche in glänzender Toilette, wie zu einem

Schauspiel gekommen waren, um den Verhandlungen über das Leben eines der Vorigen beizuwohnen.

Noch eine Stunde blieb der Gerichtssaal leer, während schon der Zuscherraum Kopf an Kopf gefüllt war; die Menge unterhielt sich während dieser Zeit in leisem Flüsterton, man sprach natürlich von nichts Anderem, als von dem bevorstehenden Prozeß. Selbstsame Geräusche flogen durch den Saal über die Gänge, welche das Fräulein von Arnburg veranlaßt haben konnten, sich der Vernehmung zu entziehen. Sie sei die Braut des Mörders gewesen und wolle nicht gegen denselben als Zeugin auftreten, erzählten die Ginen; Andere behaupteten, der Hauptzeuge, ein junger Student, sei ihr Liebhaber.

Plötzlich tiefe Stille. Der Angeklagte wurde in den Saal geführt; aller Augen richteten sich auf ihn. Der Baron von Lapperg erschien in gewählter Gesellschafts-toilette; er schaute, während er auf der Anklagebank Platz nahm, ruhig und unbefangen um sich. Sein Blick traf auch viele bekannte, früher befreundete Gesichter, aber in keinem derselben fand sich ein Zeichen der Theilnahme, des Wiedererkennens, er war ja der im Voraus gerichtete Verbrecher! Mit verächtlichem Lächeln wendete er sich von der ihm neugierig anstarrenden Menge zu seinem Verteidiger, mit dem er ruhig sprach, bis die Verhandlungen begannen.

Die Vorbereitungen des Prozeßes waren beendet, die Geschworenen ausgelost und vereidigt. Der Staatsanwalt erhob sich.

Die Anklage-Alte war ein Meisterwerk. Sie schloß sich in ungeschmackten Worten einfach und klar den Thatbestand, aber aus dieser einfachen Darlegung entwickelte sich die Schuld des Angeklagten mit jedem Satze mehr und mehr. Der Major von Arnburg war in der Nacht vom siebzehnten zum achtzehnten Juli ermordet worden. Aus der Untersuchung des Zimmers und dem Zustand der Leiche ging unzweifelhaft hervor, daß der Mörder ein genauer Bekannter des Majors gewesen sein müsse, der vor dem Morde mit ihm in traulicher Unterhaltung gewesen habe. Der erste und einzige Verdacht lenkte sich in Folge der Auslagen des Zeugen Heideich auf den Angeklagten, und dieser Verdacht fand seine volle Bestätigung durch die bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des verhafteten Angeklagten vorgefundenen Gegenstände. Der Ermordete war um eine beträchtliche Summe Geldes beraubt worden, welche er am Tage vor seinem Tode verschluckt hatte, genau diese Geldsumme, Tausend Thaler, fand sich bei dem Verhafteten vor, und der Einwand, welchen derselbe machte, er habe diese Summe von seinem Oheim als Rückzahlung einer Schuld erhalten, erlitten durchaus unglauwbärdig. Oben

so wenig konnte sich der Angeklagte über den Besitz eines dem Major gehörigen Siegelrings äußern. Der von dem Angeklagten früher begangene Mordversuch, die genaue Bekanntschaft desselben mit der Wohnung des Majors, die Erscheinung des Baron in der Nacht des Mordes in der Nähe der Wohnung des Ermordeten, der Besitz der geraubten Geldsumme und des Siegelrings, und endlich der Besitz eines großen, dochähnlichen Messers, welches vollkommen in die Stichwunde des Ermordeten paßte: dies Alles waren Verdachtsgründe, welche, in eine Kette gereiht, die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten hervorruhen mußten.

Der Staatsanwalt hatte geredet. Die Geschworenen nickten einander bekräftigend zu, schon jetzt schien das Schicksal des Angeklagten entschieden, dieser aber erhob sich und erklärte sich auf die Frage des Präsidenten mit ruhiger Festigkeit für „Nicht schuldig!“

Er erhielt das Wort zu seiner Verteidigung; sein Advokat schloß ihm einige Worte zu; aber er schüttelte misbilligend mit dem Kopfe und begann: „Man hat mich eines furchtbaren Verbrechens beschuldigt und eine Anklage gegen mich erhoben, welche auf ein Gewebe von Unwahrheiten gegründet ist. Die Auslage eines Zeugen, welcher, wie ich nachweisen kann, seit langer Zeit gegen mich einen mir unerklärlichen Haß fühlte und der eine Reihe von Entzündungen gegen mich vorbringt, werden als unumstößliche Wahrheiten hingestellt, meinen eigenen Worten aber glaubt man nicht. Man hat mich ein Jahr lang eingekerkert, von der Welt abgeschnitten und der Möglichkeit beraubt, Schritte zu meiner Verteidigung zu thun und den Ungrund der gegen mich vorgebrachten Beschuldigungen zu beweisen. Meine Cousine ist nicht vernommen worden. Sie hätte meine Unschuld anerkennen müssen. Man sagt, sie sei nicht aufzufinden gewesen; aber kann wohl in Deutschland ein junges Mädchen spurlos verloren gehen? Dies Alles zeigt mir, daß ich schuldig befunden werden soll! Welche Gründe ein derartiges Verfahren gegen mich hervorgerufen haben, weiß ich nicht; aber ich weiß, daß es ungerechtfertigt ist und ich protestire dagegen!“

Die kurze Verteidigung machte sowohl auf die Richter als auf die Geschworenen, als auch auf die Zuschauer den ungünstigsten Eindruck. Der Angeklagte hatte mit scharfer Stimme gesprochen, seine Erbitterung zeigte sich in jedem Worte; er leugnete, er verdächtige einen Zeugen ohne Beweise, und wollte sich als das Opfer einer ungerechten Verfolgung darstellen. Er griff den Staatsanwalt und das Gericht an, indem er erklärte, man wolle ihn für schuldig halten. „So spricht kein unschuldig Ange-

... Schorlemer so matt und glatt gesprochen. Daß er dann wieder von Petroleum, Speck und Schmalz sprach, braucht nicht erst bemerkt zu werden. Der weitere Verlauf, aus einem Wahlzugsblatt zu beweisen, daß das Centrum noch im vorigen Jahre eine ganz andere Stellung zu ihm eingenommen und seine Verdienste anerkannt habe, gelang schlecht, denn der Herr Abg. Windthorst machte ihn darauf aufmerksam, wie bei der damaligen Wahl Herr Richter das kleinere Übel gewesen, indem er sich um eine Stichwahl gehandelt, sonst würde man ihm überhaupt die Stimme nicht zugewendet haben, wenn seine Verdienste auch anerkannt worden müßten. Als er dann in der Vollpolitik auch anerkannt werden müßten, als das Centrum, habe er einen feindseligeren Ton angeschlagen, auch einen culturtämpferischen, was er bis dahin vermieden. Nach dem „Culturtämpfer“ aber würden vom Centrum die Leute gemessen, weil die „Culturtämpfer“ die ärgsten Tyrannen seien. In ganz gediegener Weise wurde dann von Herrn Windthorst die jetzige Haltung des Centrums begründet. Man wende ihm vor, es sei in den ersten Wochen sehr still gewesen; aber abgesehen davon, daß die Centrumsrechner gesprochen hätten, wenn Veranlassung vorgelegen, so seien da Generaldiskussionen geführt worden, die doch keinen aufklären hätten. Die Haltung des Centrums müsse eine andere sein, weil das frühere Ministerium in seiner Composition ihm feindselig gegenüber gestanden habe, daß man hätte glauben sollen, die Katholiken seien nicht gleichberechtigte Staatsbürger, sondern Geloten. Das jetzige Ministerium sei nicht mehr so feindselig, deshalb habe sich das Centrum abwehrend und vorsichtig verhalten; es habe ihm Ruhe und Zeit lassen wollen, seine Gedanken zu entwickeln und hoffentlich werde es allmählig dazu kommen, den Katholiken mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir wollen den Zug zum Vertrauen nicht unterbrechen, als bis wir absolut gezwungen werden. Wie werde das Centrum aber irgend ein Prinzip aufgeben, um eine Concession auf kirchenpolitischem Gebiete zu erlangen. Was es jetzt verlange, sei ein Recht; das fordere es, nicht aber bittet es. Seine Beschwerden würde das Centrum vortragen und stets die Gefühle und Empfindungen des Volkes zum Ausdruck bringen. Es wäre gut, wenn die Conservativen gegenüber den Beschwerden sich nicht so stumpf verhielten. Durch Schweigen rüde man nicht zur Aufhebung des „Culturtämpfers“. Sehr richtig! rief man links, allein Hr. Windthorst erklärte ihnen: M. H. an Sie appellire ich nicht. Der „Culturtämpfer“ ist der einzige Boden, auf dem Sie noch stehen. Ist der beseitigt, so sind auch Sie dahin! — Dann noch einmal auf den Nothstand in Oberschlesien zurückkommend, sowie auf den Nothstand überhaupt, bemerkte Redner, daß dieser auch da wäre ohne die Vollpolitik, er bestünde eben darin, daß eine große Menge überhaupt nichts laufen könne, ob die Preise hoch oder niedrig seien. Von der Vollpolitik könne man nach ein paar Monaten erwarten. Wenn die gegenwärtige Wirtschaftspolitik so lange befolgt worden, wie die entgegengesetzte, werde man schon die Folgen sehen. — Alle diese hochwichtigen Debatten fordern bei dem unscheinbaren Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Außerdem aber wurde noch viel über das Berliner Armenwesen gesprochen; Herr Windthorst vermied in Berlin am meisten die individuelle Armenpflege. Berliner Abgeordnete fuhren dagegen mit Zahlen auf, Alles in Allem genommen aber blieb die Thatsache bestehen, daß in Berlin ebenfalls großes Elend herrsche. Von verschiedenen Seiten wurde eine Erhöhung der Salzpreise als durchaus verwerflich bezeichnet und so erklärten denn die Herren, die sich für eine Erhöhung ausgesprochen, es ließe sich durch technische Mittel für den Staat ein größerer Unternehmensgewinn erzielen, ohne daß der Consumant mehr zahle. Minister Maybach lieferte weiter einige Andeutungen über die Eisenbahntarifpolitik der Regierung. Es sei nicht zu befürchten, daß durch die neuen Tarife der Import von Fleisch aus Oesterreich nach Schlesien vermindert werde. Es sei aber das Prinzip der Regierung, ausländische Produkte nicht vor den inländischen zu begünstigen und die Vollpolitik des Reichs nicht durch die Eisenbahnpolitik Preußens zu durchkreuzen. Nach allem diesem kam man endlich weiter im Etat, ohne daß außer totalen Wunden und Beschwerden noch etwas Bemerkenswerthes vorgebracht wurde. Von Bedeutung dürfte nur noch die Rede Reichensperger (Köln) sein, der auf die Stillschließung der gegenwärtigen Bauten hinwies und den Grund nicht zum geringsten Theil in dem bureaukratischen Apparat einer Baubeamten-Armee fand. — Gestrichen wurde heute sehr wenig, ja eine Position, welche die Budgetkommission um 1/2 Million erniedrigt hatte, wurde vom Hause wieder auf den alten Stand gebracht. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt. Tagesordnung: 2. Beratung der Eisenbahnvorlagen.

**OPC. Berlin, 5. Dec.** Sitzung der Unterichtscommission. Die Commission beschäftigte sich heute mit der Petition der Bürger-Collegien von Sigmaringen, die Verfügung vom Jahre 1868 aufzuheben, wonach die dortige evangelische Schule als eine öffentliche erklärt worden ist. Der Regierungs-Commissar erklärt, daß die Staatsregierung die Stadt Sigmaringen nicht als verpflichtet für Unterhaltung betrachtet und gibt anheim, die Petition der Staatsregierung dahin zur Berücksichtigung zu überweisen, daß die Stadt keinerlei Beitrag zu liefern habe. Dr. Bräuel beantragte nach den Erklärungen der Regierung die Petition

klagte! — flüsterte man im Zuschauerraum und dasselbe sagten die Geschworenen; auch der Verteidiger des Angeklagten konnte bei den Worten desselben eine mißbilligende Bewegung nicht unterdrücken.

Der Präsident allein bewahrte eine unerschütterliche Ruhe. In seinen ersten Zügen konnte man weder Billigung noch Mißbilligung lesen: er ließ den Angeklagten seine Rede vollenden, dann aber sagte er ruhig: „Sie haben sich über die einzelnen Punkte der Anklage nicht geäußert; ich werde Ihnen dieselben daher in einzelnen Fragen in die Erinnerung rufen; mache Sie aber darauf aufmerksam, daß Sie in keiner Weise gezwungen sind, eine Frage zu beantworten, von der Sie glauben, daß die Antwort Ihnen zum Schaden gereichen könne. Die Anklage behauptet, Sie hätten bereits am zwanzigsten Februar vorigen Jahres einen Mordversuch auf Ihren Oheim gemacht, der aber durch den Studenten Heldreich vereitelt worden sei; dieser soll dabei von Ihnen durch einen Messerstich verwundet worden sein. Was haben Sie hierüber zu bemerken?“

„Daß diese Beschuldigung eine aus der Luft gegriffene Entfindung des Herrn Heldreich ist.“

(Fortf. folgt.)

der Staatsregierung nur in soweit zur Erwägung zu überweisen, ob der Stadt Sigmaringen Erlass zu leisten sei für die zur Lehrerswittwenkasse geleiteten Zahlungen für den evangelischen Lehrer. Nach langer Debatte wird der Antrag Bräuel mit großer Majorität angenommen. — Gleichlautende Petitionen aus Schleswig-Holstein wollen den Zustand hergestellt wissen, wonach der freie Schultag nicht in 2 Hälften zerlegt, sondern als ein freier Tag bestehen bleiben soll. Die Petenten haben den Instanzenzug noch nicht erledigt, daher wurde die Petition als nicht geeignet zur Behandlung im Plenum von der Commission erachtet.

Die Centrumsfraction stellt zu dem Generalbericht der Eisenbahncommission folgenden Antrag: Allgemeine procentuale Erhöhungen der Normaltransportgebühren oder ganzer Classen derselben können nur mit Zustimmung des Landtages eintreten. Als Grundlage ist die dem Stat pro 1881/82 beigefügte Uebersicht der Normaltransportgebühren anzunehmen.

Dieser Antrag findet auch die Zustimmung vieler national-liberaler Abgeordneten. Man darf indes Zweifel bezogen, ob dieselben mit dem Centrum für den Antrag stimmen werden.

Die Petitionscommission verhandelte am 3. d. über die Beschwerde des Kirchenvorstandes der St. Martin-Kirche in der Provinz Posen, welche die Einstellung der Leistung eines Staatszuschusses für Kirchenbedürfnisse. Dieser auf einer Rechtsverpflichtung des Staats beruhende Zuschuß ist nach der Angabe des Kirchenvorstandes niemals zur Sustentation der Pfarrgeistlichen, sondern stets nur zu Kirchenbauzwecken verwendet worden und konnte sonach vom sog. Sperrgesetz nicht betroffen werden. Nach Erörterung der Sachlage seitens des Referenten Abg. Mais (Centrum) erklärte der Regierungskommissar Herr v. Zastrow laut der „Köln. Zig.“, daß das Ministerium die Sperrung des gedachten Zuschusses aufheben werde, wenn die sofort anstehenden Erhebungen ergeben würden, daß derselbe beständig baulichen Zwecken gedient habe. In Folge dieser entgegenkommenden Erklärung wurde einstimmig beschlossen, die weitere Erörterung der Petition zu vertagen. — Eine lebhaftere Discussion erregte die Petition des Kirchenvorstandes der Pfarre Morke (Provinz Posen), daß es den in der Nachbarschaft angestellten Geistlichen gestattet werde, in Morke Gottesdienst abzuhalten und Religionsunterricht zu erteilen. Diese Petition hatte bereits in der vorigen Session die damalige Commission beschäftigt und war der Regierung zur geeigneten Berücksichtigung überwiesen, aber im Plenum wegen Abklares des Legislaturperiode nicht mehr verhandelt worden. Der Referent Abgeordneter Conrad (Köln) schilderte eingehend den kirchlichen Nothstand der genannten Pfarre, deren einziger Seelsorger seit Jahren an unheilbarer Geistesstörung leidet. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß hier Abhilfe dringend Noth thue. Nachdem auf die strenge Handhabung der Maigesetze, sowie des Ausweisungsgesetzes in der Provinz Posen hingewiesen worden, die den benachbarten Geistlichen der verwaisten Gemeinden die Zurückhaltung auferlege, damit nicht ihre eigenen Pfarren in eine gleich traurige Lage gerathen, erklärte der genannte Regierungskommissar, der Oberpräsident von Posen habe Weisung erhalten, in solch dringenden Fällen mit der größten Vorsicht hinsichtlich der Ausweisung vorzugehen; desgleichen seien auch die Staatsanwälte mit Instruktion versehen worden. Von den Mitgliedern des Centrums wurde, ohne daß irgend ein Widerspruch sich erhob, betont, daß gründliche Abhilfe in diesem wie in so vielen anderen gleichartigen Fällen nur durch Beseitigung der kirchenpolitischen Gejecke möglich sei. Der Antrag auf Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung fand einstimmige Annahme.

**Breslau, 8. Dec.** Die „Schlesische Volkszeitung“ bringt folgende Darstellung.

Zu meinem vollendeten achtzigsten Lebensjahre sind mir von so vielen Seiten schriftliche und persönliche Glückwünsche, Telegramme, Blumenpenden und andere Zeichen der Liebe und Anhänglichkeit zugegangen, daß es mir leider unmöglich ist, allen diesen Freunden und geliebten Mitarbeitern Angehörigen einzeln zu danken. Jedes fromme Wort aber und jede willkommene Erinnerung hat meinem Herzen überaus wohlgethan, wie ich hiermit gern versichere, und die treue Theilnahme war mir willkommener Balsam in die sehr unerwartet langwährende Trübsal. Möge diese Trübsal uns Allen ein friedsame Frucht der Gerechtigkeit wirken! Heil, Dank und Gottes reichster Segen Jedem, der durch ein stilles Gebet oder sonst irgendwie meiner gedachte und ferner meiner gedanken wird.

Schloß Johannesberg, den 3. December 1879.

**Köln, 7. Dec.** Heute fand im großen Saale des Piusbaues unter dem Vorsitze des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Couard Schenk eine Bürgerversammlung zur Besprechung und Beschlußfassung über eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Einführung des geheimen Wahlmodus auch bei den Landtags- und Communal-Wahlen statt. Die Versammlung, meist aus Anhängern der Centrumpartei bestehend, nahm einstimmig folgende, von dem Redacteur der „Kölnischen Volkszeitung“ Dr. Carbauns, begründete Petition an:

„Das hohe Jang der Abgeordneten möge dahin wirken, daß sowohl für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus als auch für die Communalwahlen die geheime Abstimmung an Stelle der bisherigen öffentlichen eingeführt werde. Nach den bei den jüngsten Communalwahlen und Wahlen zum Abgeordnetenhaus, namentlich in Schlesien und in den industriellen Bezirken Rheinlands und Westfalens gemachten Erfahrungen muß man in der öffentlichen Abstimmung eine schwere Beeinträchtigung des freien Wahlrechts erkennen, welche in denjenigen Orten, wo Beamte, Arbeiter und sonstige abhängige Wähler in großer Zahl vorhanden sind, zu einer Fälschung der Wahl führen kann. Drohungen mit Ruckschlagsentziehung oder Entlassung aus dem Dienste leiten die Wahl ein, Ausführungen dieser Drohungen bilden das traurige Nachspiel der öffentlichen Wahl. Specieell liegt es im Interesse aller Beamten-Kategorien, wenn durch die Einführung des geheimen Wahlrechts der Verdacht nicht mehr aufkommen kann, daß diese Bürger ihre Abstimmung vornehmen nach den Wünschen ihrer Vorgesetzten, den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses werden die Mißstände und Beschwerden, welche bei den öffentlichen Abstimmungen zu Tage treten, aus den Verhandlungen über die Stillschließung der Wahlen bekannt sein.“

Eine Aenderung des Wahlmodus erachten wir nicht allein deshalb für nothwendig, weil die Gesinnung der Wähler bei der

öffentlichen Stimmabgabe nicht zum ungefähren Ausdruck gelangen kann, sondern wir erhoffen auch, im Interesse des bürgerlichen Friedens, den Erfolg, daß die bisher an vielen Orten im höchsten Grade gefährliche Agitation in Wegfall kommt. Wir sind überzeugt, daß ein derartiger Antrag des Abgeordnetenhauses auch die Zustimmung des Herrenhauses finden wird; denn die Mißstände, welche bei der öffentlichen Abstimmung zu Tage treten, können auch der Staatsregierung, können auch den Mitgliedern des Herrenhauses nicht unbekannt geblieben sein. Die t. Staatsregierung wird um so weniger ihre Zustimmung verweigern, als die Wahlen zu den Körperschaften, welche neu gebildet wurden unter der Geschäftsleitung des jetzigen leitenden Staatsmannes, des Fürsten Bismarck, in geheimer Abstimmung erfolgten.“

Die Petition ist nicht zugleich auf die Beseitigung des Dreiklassen-Systems gerichtet, weil man diese noch nicht zu erreichen glaubt.

## Oesterreich.

**Wien, 8. Decr.** Die Wahlcommission des Herrenhauses nahm heute einstimmig das Wehrgesetz in der Regierungsfassung an. Sämmtliche Redner der Rechten und Linken betonten die Nothwendigkeit, Ersparungen im Heerwesen einzutreten zu lassen; aber sie erklärten es auch angelegentlich der allgemeinen Lage für wünschenswert, daß die Stabilität der Heeresorganisation erhalten bleibe. Hyl wurde zum Referenten bestellt und ihm ausdrücklich aufgetragen, im Bericht zu betonen, daß das Herrenhaus sich der Hoffnung hingabe, daß das Abgeordnetenhaus den Beschluß des Herrenhauses beitreten werde. Die Verhandlung im Plenum findet am Samstag statt.

## Belgien.

**Brüssel, 7. Dec.** Hier beschäftigt man sich fast ausschließlich mit den Tod eines Vicomte de Grimbergen begleitenden Umständen. Der Vicomte, welcher Solitär war und der liberalen Partei und der Loge angehörte, besaß ein großes Vermögen. Als er seinen Tod fühlte, beistand er seine Lante, die Vicomtesse de Cessac, geborne Montesquieu-Feytaud, zu sich. Diese eilte sofort mit ihrem Gemahl nach Brüssel, dort angekommen, wurden sie jedoch von der Polizei auf Antrag eines Advocaten, der behauptete, er sei beauftragt, zu verhindern, daß der Sterbende die Erbstunden der Religion erhalte, aus dem Hotel des Vicomte gewaltsam vertrieben, trotzdem daß der Sterbende laut dagegen protestirte und seiner Lante zurief, sie möge bleiben. Die belgischen Blätter, sogar einige liberale, erheben ihre Stimme gegen einen solchen Polizeistreich, der offenbar den Zweck hat, das große Vermögen des Verstorbenen den Freimaurern in die Hände zu legen.

## Frankreich.

**Paris, 7. Dec.** Im Luxemburg-Palaste kam die Unterrechtscommission des Senates unter Jules Simon's Vorsitz dieser Tage neuerdings zusammen, um drei Delegirte der katholischen Universität von Lille zu hören. Von denselben setzte zuerst Thomasset, Präsident der Civiltätsgesellschaft der Universität, auseinander, daß auf Grund des Gesetzes von 1875 für die Universität in Lille bereits anderthalb Millionen ausgegeben worden seien, für welche doch im Falle der Wiederaufhebung der Universität Schadenersatz geleistet werden müsse. Nach ihm zeigte Professor Balson, daß die katholischen Universitäten die heilsame Wirkung gehabt hätten, den Eifer der weltlichen Anstalten anzuregen; so sei in Lyon, seitdem dort eine kirchliche Universität in Angriff genommen worden, sofort eine weltliche Rechtsfacultät, sowie eine medicinische entstanden; von fünf Lehrstühlen sei die Philosophie auf 13 gestiegen. Der dritte Delegirte, Jacquier, sprach für das Recht der freien Universitäten, unter Controle des Staates Studienbewerfer zu erteilen. Die Nachweise und Deductionen der drei Delegirten sollen auf die Senatscommission einen günstigen Eindruck hervorgebracht haben.

Der Minister des Innern, Hr. Lepere, hat vorgestern des Pängern mit dem Ausschuss der Deputirten-Kammer für die Vorlage betr. die Vereinsfreiheit conferirt. Man verstandigte sich über alle wesentlichen Punkte. So räumte der Minister des Innern ein, daß alle öffentlichen Versammlungen, mögen sie nun politischer Natur sein oder nicht, keiner vorgängigen Ermächtigung der Behörde mehr bedürfen, sondern daß nur Ort und Stunde vorher von dem Veranstalter bei der Bürgermeisterei angezeigt werden sollen; nur Wünsche die Regierung, daß diese Anzeige wenigstens von drei Personen gezeichnet sei; daß sie den Gegenstand der Versammlung angebe, und daß der Vertreter der Behörde diese dann auflösen könne, wenn sie sich von dem angemeldeten Thema entfernte.

## Italien.

**Rom, 7. Dec.** Seitdem Karl Albert, König von Savinien, im Jahre 1848 den Eid auf die Constitution geleistet haben in Italien vom 16. März 1848 bis zum 22. November 1879, also in 31 Jahren und 8 Monaten, 81 Minister-Krisen stattgefunden, von denen 27 allgemeine und 54 theilweise waren. Auch das neue Cabinet, so schreibt man der „Kreuzzeitung“ von hier, erfreut sich durchaus keiner Sympathie. Die radicale Gruppe, welche bei der letzten Krisis die große Communication gegen Cairoli geleistet hatte, ist dem neuen Ministerium nicht hold; die piemontesische Gruppe, welche gleichsam vor die Thür gesetzt rde, sieht sich zu sehr gebemüßigt; die meridionale Gruppe großt gegen das Ministerium und bereitet sich zu einem Sturm gegen dasselbe vor. Wer bleibt also für das Ministerium? Die persönlichen Freunde der Minister Cairoli und Depretis. Diese erröthen aber kaum die Zahl von hundert. Unter solchen Umständen dürfte die Lebensfähigkeit dieses Ministeriums von nicht langer Dauer sein.

## Spanien.

**Madrid, 8. Dec.** Das gesammte Ministerium hat aus Anlaß der cubanischen Frage sein Entlassungsgesuch eingebracht. — Aus den Provinzen wird von Neuem ein starkes Anwachsen des Quadiana und der Flüsse in Murcia gemeldet.

## Rußland.

Den russischen Blättern scheint es verboten zu sein, irgend welche Nachrichten, die mit dem Attentat auf den Zaren in Zusammenhang stehen, zu veröffentlichen. Nach dem einen Bericht war der Tunnel, welcher zur Mine führte 175, nach einem an-

deren 154.  
wenn der  
Geleise ein  
wäre. Die  
Fuß geirrt  
unter dem  
Den ausge  
Moskau se  
vorgenom

Abg e o

Abg.  
Verficheru  
Augenblick  
Dafürhalte  
Der Herr  
er bei  
gemeinen  
Abstraction  
tion jeder  
(Sehr rich  
Herrn sag  
Dafürhalte  
bur eintr  
raufschung,  
Bällesheim  
hier vorge  
Ministeria  
die Ehre  
Beigeordn  
denn, daß  
bisher vor  
hier redt  
ganzen La  
solche Lag  
des Herrn  
und ich g  
ster das u  
darüber a  
Personen  
ren, wie  
Wenn ma  
fähig, unt  
doch für  
Centrum.)  
richten ha  
mein Dier  
außern; i  
sagen. (C  
Wulff.  
fene und  
mune gef  
document  
Wiederwa  
nicht best  
in die St  
Herrn Ma  
lich in de  
rungsprä  
len gegen  
Sehr wah  
ving Weß  
bekannt,  
und genie  
in Ansb  
einmal m  
Dr. a. r  
braucht,  
stätigung  
wir diese  
den Ankn  
loren. (C  
legen T  
seine Ab  
einem M  
die er pr  
der Cen  
Bürgerme  
bestritt  
denst des  
Veranlass  
gemeinest  
verhole,  
ginn der  
Lage sint  
daß man  
ung gelo  
Jozen zu  
die fann  
Mitglied  
entsprech  
mehr für  
würde w  
Der Herr  
bin ganz  
kann nic  
zu groß,  
daß irge  
als was  
gen, wen  
kommt,  
sehen w  
den W  
zweifeln,  
bei einem  
Sie f  
den Fe  
und das

ausdrück gelangen  
des bürgerlichen  
Orten im höchsten  
Wir sind über-  
setzenhauses auch  
denn die Miß-  
zu Tage treten,  
den Mitgliedern  
Die t. Staats-  
verfagen, als  
gebildet wurden  
Staatsmannes,  
erfolgen.“  
igung des Drei-  
nicht zu er-

des Herrenhauses  
Legierungsfassung  
betonten die  
treten zu lassen;  
meinen Lage für  
anisation erhalten  
ihm ausdrücklich  
trennbar sich der  
den Weichhülften des  
ung im Plenum

h fast ausschließ-  
gehen begleitenden  
ar und der libe-  
ein großes Ver-  
seine Tante, die  
sehten, zu sich.  
üßel, dort ange-  
auf Antrag eines  
verbindern, daß  
erhalte, aus dem  
roßtem daß der  
Tante jurist, sie  
inige liberale, er-  
streich, der offen-  
Verforbenen den

kam die Unte-  
ules Simon's  
drei Delegierte  
on denselben sehte  
t der Universität,  
von 1875 für die  
tionen ausgegeben  
bederaufhebung  
Nach ihm zeigte  
täten die heilsame  
chen Anhalten an-  
schliche Universität  
Lehrstühlen sei die  
Delegierte, Jacquier,  
n, unter Controlle  
Die Nachweise und  
Senatscommissio-

hat vorgestern des  
mmer für die Vor-  
Man verhandelte  
e der Minister des  
n, mögen sie nun  
vorgängigen Er-  
bern daß nur Ort  
der Bürgermeisterei  
regierung, daß diese  
net sei; daß sie den  
h der Vertreter der  
sich von dem an-

König von Sar-  
Constitution geleistet  
zum 22. November  
n, 81 Minister-  
eine und 54 theil-  
so schreibt man der  
seiner Sympathie,  
n Krisis die große  
atte, ist dem neuen  
gruppe, welche gleich-  
zu sehr gedemüthigt;  
nisterium und bereitet  
Wer bleibt also für  
der Minister Catrioli  
zahl von hundert.  
nichtigkeit dieses Mini-

Ministerium hat aus  
ungeselbst eingereicht.  
a starkes Anwachsen  
meldet.

ten zu sein, irgend  
auf den Zaren in Zu-  
ch dem einen Bericht  
175, nach einem an-

deren 154 Fuß lang, doch ist man allgemein der Ansicht, daß  
wenn der Eisenbahn auf dem linken statt auf dem rechten  
Gefälle eingefahren wäre, das letztere vollständig zerstört worden  
wäre. Die Attentäter sollen sich in der Entfernung um einige  
Fuß geirrt haben. Der Tunnel war ausgemauert und das Haus  
unter dem Namen eines Bürgers aus Samara gekauft worden.  
Den ausgegrabenen Sand haben die Einwohner — verkauft. In  
Moskau sollen unter den Eisenbahnbeamten zahlreiche Verhaftungen  
vorgenommen worden sein.

## Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus. Sitzung vom 1. December.

(Fortsetzung.)

Abg. Windthorst. „Ich kann dem Herrn Minister die  
Versicherung geben, daß es mir sehr unangenehm ist, in diesem  
Augenblick ihm entgegenzutreten zu müssen, aber seine nach meinem  
Dafürhalten durchaus ungenügende Erwiderung zwingt mich dazu.  
Der Herr Minister gibt allgemeine Grundsätze an, nach welchen  
er bei Anstellungen und bei Beförderungen verfährt. Diese all-  
gemeinen Grundsätze bemängeln ich nicht, sie wollen aber in ihrer  
Anwendung gar nichts bedeuten, denn sie bekommen ihre Illustra-  
tion jeder Zeit erst in ihrer Anwendung auf den einzelnen Fall.  
(Sehr richtig! im Centrum.) Und da muß ich dem verehrten  
Herrn sagen, daß die Fälle, die hier angeführt sind, nach meinem  
Dafürhalten so erant erscheinen, daß ohne Weiteres hätte Neme-  
dur eintreten sollen. Der Herr Minister sagt zu meiner Ueber-  
zeugung, es sei ihm der Fall des Herrn Kammerherrn v. Spies-  
Willesheim nicht bekannt oder nicht genügend bekannt. Es ist  
hier vorgetragen worden, daß der Fall seit einem Jahre in der  
Ministerialkanzlei liegt, und ich denke doch, daß ein Mann, der  
die Ehre hat, Kammerherr zu sein, auch die Ehre haben könnte,  
Beigeordneter zu sein (Sehr richtig! im Centrum), es wäre  
dann, daß der Herr Minister die Befähigung bezweifelte, was ja  
bisher wohl nicht hat geschieden. Gerade dieser Fall muß  
hier recht klar dargelegt werden, muß recht zum Bewußtsein des  
ganzen Landes kommen. Man braucht kein Jahr, um über eine  
solche Lage zur Klarheit zu gelangen. Der andere Fall wegen  
des Herrn Lönissen muß mindestens Veranlassung geben, —  
und ich glaube, daß es gut gewesen wäre, wenn der Herr Mini-  
ster das in Aussicht gestellt hätte, — eine genauere Untersuchung  
darüber anzustellen, wie es denn kommt, daß die Behörden den  
Personen gegenüber, die eine Anstellung suchen, sich anders erklä-  
ren, wie sie sich dem Herrn Minister gegenüber erklärt haben.  
Wenn man in der Provinz den Leuten zu erkennen gibt, sie sind  
fähig, und schreibt nach Berlin das Gegenbild, so muß man das  
doch für eine große Unzuverlässigkeit erklären. (Sehr richtig!  
im Centrum.) Wer Beamter ist und über derartige Sachen zu be-  
richten hat, muß dem betreffenden Antragsteller entweder sagen:  
mein Dienst erlaubt mir nicht, mich über Deine Qualifikation zu  
äußern; wenn er aber spricht, dann muß er ihm die Wahrheit  
sagen. (Sehr richtig! im Centrum.) Dann der Fall des Herrn  
Wulff. Herr Wulff ist lange Bürgermeister in Arnberg gewe-  
sen und hat sein Amt zur vollen Zufriedenheit der ganzen Com-  
mune geführt, wie ich dies in der wiederholten Wiederwahl  
documentirt hat. Und doch ist dieser Mann bei der letzten  
Wiederwahl nicht bestätigt. Ich behaupte rund und klar; er ist  
nicht bestätigt, weil er römisch-katholisch ist und den Muth hat,  
in die Kirche zu gehen! (Sehr gut! Bravo im Centrum.) Ich  
sehe übrigens diese Nichtbestätigung keineswegs in das Comto des  
Herrn Ministers, ich habe die Ueberzeugung, daß dieselbe lebigh-  
lich in der abgeleiteten Haltung begründet ist, welche der Regie-  
rungspräsident von Arnberg und der Oberpräsident von Westfa-  
len gegen Alles einnehmen, was katholisch ist. (Sehr richtig!  
Sehr wahr!) Der frühere Bürgermeister Wulff ist in der Pro-  
vinz Westfalen als Verwaltungsbeamter auf das Vortheilhafteste  
bekannt, er ist gegenwärtig in der Provinzialverwaltung thätig  
und genießt die Achtung Aller, — und dieser Mann, den man  
in Arnberg als Bürgermeister verworfen, soll jetzt auch nicht  
einmal mehr fähig sein, unbeförderter Stadtrat von

Arnberg zu werden. Wenn man so das Bestätigungsrecht  
braucht, dann ist es allerdings unmöglich, dem Staate das Be-  
stätigungsrecht einzuräumen, und es wird dann hohe Zeit, daß  
wir dieses Capitel der Bestätigung revidiren, denn bei einer sol-  
chen Anwendung derselben geht die ganze Communalfreiheit ver-  
loren. (Sehr wahr! im Centrum.) Endlich die Frage des Col-  
legen Fackeldey. Ein Mann, der in seiner Gemeinde durch  
seine Thätigkeit wohlthätig Alles geleistet hat, was man billig von  
einem Mann verlangen kann, der in die Stelle kommen soll, für  
die er prädestinirt worden, wird nicht bestätigt, weil er Mitglied  
der Centrumsfraction ist, nach der eigenen Aeußerung des  
Bürgermeisters. Wenn diese Aeußerung des Bürgermeisters aber  
bestritten sein sollte, was ja denkbar ist, dann müßte doch min-  
destens die Anführung des Kollegen Bachem für den Minister  
Veranlassung sein, darüber Nachdenken anzustellen und den Bür-  
germeister auf den richtigen Standpunkt zu verweisen. Ich wie-  
derhole, ich bedauere im höchsten Maße, daß wir gleich bei Be-  
ginn der Discussion über das Ministerium des Innern in der  
Lage sind, diese Fälle constatiren zu müssen. Ich hätte gehofft,  
daß man im Ministerium des Innern allmählich zu der Anschau-  
ung gekommen, daß es Zeit sei, endlich von den „Culturkampf-  
Juden zurückzutreten. Ein einfaches Recept des Ministers an  
die sämmtlichen Provinzialbehörden: daß der Umstand, ob Jemand  
Mitglied der Centrumsfraction sei, oder daß er, seinem Glauben  
entsprechend, die Kirche besuche, für die Folge kein Hinderniß  
mehr für die Bestätigung eines Communalbeamten sein könne —  
würde wunderbaren Wandel schaffen. (Sehr wahr! im Centrum.)  
Der Herr Minister sagt: ich muß den Beamten vertrauen. Ich  
bin ganz seiner Meinung: ein Minister kann nicht anders, er  
kann nicht selbst Alles sehen und hören, dazu ist das Land zu  
groß, und ich bin auch weit entfernt, behaupten zu wollen,  
daß irgend ein Beamter wissenschaftlich etwas Anderes berichtet,  
als was er für richtig ansieht. Aber man muß vor allen Din-  
gen, wenn man von Jemandem einen Bericht verlangt und be-  
kommt, Zweifeln fragen: hat der Berichterstatter das Nichtig-  
sehen wollen und hat er das Nichtig-sehen können! An  
dem Wollen will ich bis auf Weiteres bei keinem Beamten  
zweifeln, aber an dem Können zweifle ich allerdings, und zwar  
bei einer ungeheuren Zahl der Beamten im preussischen Staate.  
Sie können nicht sehen, weil sie befangen sind in  
den Fesseln und Vorurtheilen des „Culturkampfes“,  
und das Ministerium hat die Pflicht, endlich diese Fesseln zu be-

seitigen und dieser Befangenheit kräftig entgegenzutreten, ehe-  
rann das Vertrauen im Lande nicht wieder entstehen!  
Das habe ich sagen wollen; es thut mir leid, daß es  
nötig war.“

Minister des Innern. Es macht mir den Eindruck, als  
ob es dem Herrn Vorredner gegangen ist, wie es in der Regel  
geht, wenn die Angelegenheiten nicht in Ruhe, sondern in Erre-  
gung behandelt werden. (Sehr richtig! Widerspruch im Cen-  
trum.) Der Behauptung, daß der ehemalige Bürgermeister Wulff  
in Arnberg nicht wieder bestätigt worden, weil er römisch-kath-  
olisch sei und in die Kirche gehe, fehlt jedes factische Fundament.  
(Cho! im Centrum.) Die Details solcher Bestätigungsangelegen-  
heiten eignen sich nicht zur Erörterung in einer großen Versamm-  
lung, andererseits sind es nicht Dinge, die man zu verbergen  
braucht oder über die man nicht bereit sein sollte, Auskunft zu  
geben. Interessirt es Herrn Windthorst, die Gründe zu erfah-  
ren, aus denen Herr Wulff nicht bestätigt ist, so bin ich bereit,  
sie ihm mitzutheilen. Es sind bestimmte Thatfachen, nicht allge-  
meine Anschauungen über seine Richtung, am allerwenigsten die,  
daß er römisch-katholisch ist und in die Kirche geht. Das ist,  
wie ich wiederholt erkläre, vollkommen unrichtig. Ebenso ist es  
in der That etwas stark, wenn der Herr Vorredner mir unterstellt  
oder rüth, durch Circularrecept die Behörden anzuweisen, die  
Nichtbestätigung nicht lediglich deshalb zu beantragen, weil Je-  
mand in die Kirche gehe oder der Centrumsfraction angehöre.  
Eine solche Verfügung ist gänzlich entbehrlich; denn es be-  
steht keine Ausföhrung, daß das für sich allein keine ausreichenden  
Gründe sind, um eine Bestätigung zu verweigern, und niemals ist  
aus diesen Gründen allein eine Bestätigung verweigert worden. In  
der That würde eine solche generelle Verfügung weiter nichts  
sagen, als was sich ganz von selbst versteht, und ich kann deshalb  
eine Veranlassung zu einem solchen Circularrecept nicht sehen.  
(Beifall rechts. Zwischen im Centrum.)

(Fortf. folgt.)

## Rheinland-Westfalen.

Neuß, 9. Dec. (Stadtraths-sitzung.) 1. Die Ver-  
sammlung genehmigt die beantragte Abänderung des Sparcassen-  
instituts. — 2. Die Rechnung der Stadtkasse pro 1878/79 wird  
der Finanzcommission zur Prüfung überwiesen. — 3. Es ist die  
Gemeindebeschickung einer Mauer beantragt. Da es sich nur  
um einen Theil derselben, der von einem Pächter eines städtischen  
Grundstückes in Anspruch genommen worden ist, handelt, so lehnt  
die Versammlung vorläufig den Antrag ab. — 4. Bei der öffent-  
lichen Vergantung des Kieles und Waltes wurde ein Gebot von  
20 resp. 14 Pfg. unter Kostenantrag gemacht. Die Versamm-  
lung adoptirt dieses Angebot. — 5. Eine von der Armenverwal-  
tung beantragte Capital-Ausleihe von 600 M. auf ein Haus  
erhält die Zustimmung der Versammlung. — 6. Die beantragte  
Erwerbung eines kleinen Terrains eines städtischen Grundstückes  
wird unter den gestellten Bedingungen vorläufig nicht angenommen.  
— 7. Die Beschlußfassung über die Proceßverhandlung mit der  
Firma Werhan wird nach längerer Discussion veragt. — 8. Die  
Versammlung genehmigt die Auslage von 60 M. für Pfähle am  
Griffanal. — 9. Zwei Gesuche um Erlass der Hundsteuer werden  
abgelehnt, ein anderes um Erlass von Communalsteuer erhält die  
Zustimmung der Versammlung. — 10. Es liegen zwei Anträge  
auf Instandsetzung von Gemeindewegen vor. Der erste betref-  
fen den Weg an der Weingartensche. Die Versammlung erklärt die  
etatsmäßig festgelegten Arbeiten auch ferner auszuführen. Da  
der Weg aber hauptsächlich durch das starke Fahren der dortigen  
Ziegelei in schlechtem Zustand gerathe, so erwarte die Ver-  
sammlung, daß der Besitzer der Ziegelei die ferneren Arbeiten  
selbst ausführen lasse. Der zweite Antrag von dem Unternehmer  
Lemmer, den Weg unter dem Thorbogen auf der Grefelbergstraße  
nach seinem Hause hin betreffend, lehnt die Versammlung ab;  
doch sollen die anliegenden Besitzer angehalten werden, die vor-  
schriftsmäßige Reinigung des Weges vorzunehmen.

Gustorf, 8. Decbr. Samstag Abend zwischen 6 und 7  
Uhr brach ein Feuer aus. Es brannten zwei Häuser, mehrere  
Scheunen und Stollungen ab, außerdem kamen ein Pferd und  
eine Kuh in den Flammen um.

Düsseldorf, 8. Dec. Zum Gempel, wie man den Hand-  
werker nicht behandeln soll, theilen wir aus dem „Düss. Vbl.“  
folgendes mit: Ein Jeder weiß, wie notwendig bei den gegen-  
wärtigen schlechten Verhältnissen der kleine Handwerker baar-  
es Geld braucht; nichtsdestoweniger muß derselbe oft Monate  
lang auf Bezahlung warten. So begab sich gestern ein Schuh-  
macher zu einem kämigen Kunden, der, nebrnd i bemerkt, zu  
jeder Zeit in der Lage ist, bezahlen zu können, und präentirte  
widerum seine Rechnung. Der Herr Schüller war aber die  
vermeintliche „Annahme“ des Handwerkes so empört, daß er  
den selben kategorisch die Thüre wies. Der Meister ging. Gegen  
Abend fandte der kämige Zahler den Betrag mit dem Bemerten  
ein, daß er wegen der unverschämten (?) Handlungsweise des  
Meisters nichts mehr bei demselben machen lasse werde.

Barmen, 4. Dec. Heute Morgen gegen 10½ Uhr, so  
erzählen die „Wuppertal, Volksbl.“ von hier, ereignen in einem  
Kurzmaarenschaft auf der Mittelstraße ein anständig gekleidetes  
weibliches Individuum und kaufte diverse Wollencachen zum  
Schutz gegen die grimmige Kälte. Da ihr kleines Geld nicht  
reichte, so bezahlte sie mit großem. Sie legte einen „Hundert  
Markchein“ auf die Thele mit der Bitte, von demselben den  
Preis der Einkäufe in Abzug zu bringen. Da indessen die Bank-  
note trotz der Ähnlichkeit mit einem wirklichen 100 Markchein  
verdächtig genug ansah, so präentirte die Ladengehülfin dieselbe  
auf dem Bureau ihres Herrn. Unterdessen wartete die Käuferin  
ganz vergnügt und sorgenlos auf das artige Sammeln, das sie  
noch wieder bekommen sollte. Aber wer beschreibt ihre Täuschung,  
als statt der ersehnten Marken zwei uniformirte Wächter der  
öffentlichen Sicherheit erschienen und sie im Namen des Oerkes  
in polizeilichen Verwahrnam drachten. — Die präentirten 100  
Mark waren nämlich, wie die geräuschlos herbeigerufene Polizei  
sich überzeuge, weiter nichts, als ein, auf einer Seite in Form  
und Farbe einer echten Banknote ziemlich ähnlich aussehendes  
Papier. Die Zahl 100 war zweimal deutlich gedruckt. Die Note  
trug den Namen Souvenir de Harms; unterzeichnet war die-  
selbe von einem Professor der Magie und Physik. In der Hand-  
vergiebung ist der sinnige Spruch angebracht: „Das ganze Leben  
ist nur Täuschung.“ In der Wirklichkeit der polizeilichen Haft  
hätte die Gaunerin, deren Dummheit und Dreistigkeit gleich er-

staunlich sind, wohl wünschen mögen, daß ihre Haft eine Tä-  
uschung sei. Auf die Frage der Polizei, woher sie sei und wo sie  
dies angebliche Papiergeld erhalten habe, erwiderte sie dumm-  
dreist, sie wohne im hiesigen Diakonissenhause und habe das Geld  
in Dortmund für sich erhalten. Beide Aussagen finden selbst-  
verständlich keinen Glauben. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben  
wir es hier mit einer Industriefeldin zu thun, die ein thaten-  
reiches Leben hinter sich hat.

Elberfeld, 9. Dec. Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr feuerte  
am Cisteller der Brauerei S. u. L. in Nüßenberg der 19-jährige  
Dachbeder Bouffard auf den elternlosen, aus Berlin kommenden  
Erbarbeiter Rahm aus nächster Nähe einen Revolver ab. Die  
Kugel drang dem Angegriffenen in die Lunge. Die Beiden hatten  
im Laufe der vergangenen Woche mit noch vielen Anderen an  
dem angefahrenen Eis gearbeitet und waren dabei in kleine  
Differenzen gerathen. Bouffard hatte die Arbeit gestern früh  
nicht wieder aufgenommen und erschien gestern Nachmittag auf  
der Arbeitsstelle, wo er sich mit dem Rahm zu thun machte.  
Dabei hielt er die rechte Hand beständig in der Hosentasche, in  
welcher er den Revolver trug. Einer mehrmaligen Aufforderung  
seitens des Aufsehers, die Arbeiter nicht unnötig aufzuhalten  
und den Platz zu verlassen, leistete Bouffard keine Folge. Als-  
dann zog Bouffard den Revolver aus der Tasche, der Schuß fiel,  
und Rahm sank zusammen. Wie nahe Bouffard an sein  
Opfer herangetreten ist, geht daraus hervor, daß des Betroffenen  
Kopf und Weste brannten. Bouffard suchte nach der That sofort  
das Weite und wurde von einer Anzahl Arbeiter verfolgt, jedoch  
bedrohte er letztere beständig mit dem Revolver, so daß seine Er-  
greifung nicht zu ermöglichen war. Die Polizei hat gestern Abend  
noch die Suche nach dem Verbrecher aufgenommen. Rahm, nach  
Ausfrage seines Arbeitgebers ein sehr ordentlicher und fleißiger  
Mann, wurde nach der That in das St. Josephs-Hospital geschafft  
und konnte dort vernommen werden. Die Kugel sitzt noch in  
der Brust, so daß der Zustand des Unglücklichen ein höchst be-  
denklicher ist.

Essen, 6. Decbr. Ein Tagesbruch entstand gestern Mor-  
gen auf der Brandstraße vor dem Hause eines Restaurateurs.  
Das Erdreich, an der Oberfläche ca. 15 Fuß lang und 4 Fuß  
breit, stürzte mit einem Theil des Straßenpflasters ca. 20 Fuß  
tief hinunter, wodurch ein solches Gefälle entstand, daß die Nach-  
barn besorgt auf die Straße liefen. Wie die „Ess. Vztg.“ hört,  
soll das betreffende erst kürzlich vollständig reparirte Haus in den  
Kellerwänden wieder bedeutend beschädigt sein.

Köln, 9. Dec. Ein Kängirer der Rheinischen Eisenbahn,  
Baier von 4 kleinen Kindern, kam gestern Nachmittag am Fort  
VI durch Ausgleiten unter einen Zug und wurde überfahren.  
Der Unglückliche, der mehrere schwere Verletzungen erlitt, starb  
bald nachher im hiesigen Bürgerhospital.

Köln, 9. Decbr. Wie die „R. Vztg.“ aus bester Quelle ver-  
nimmt, ist der Protest gegen die Gültigkeit der Ergänzungswah-  
len für das Stadtverordneten-Collegium seitens der dritten Klasse  
von der königlichen Regierung als unbegründet zurückgewiesen  
worden.

Königswinter, 5. Dec. In der heutigen Sitzung der  
Stadtverordneten wurde dem „Echo d. S.“ zufolge die mit 116  
Unterstützten hiesiger Bürger versendete Petition, welche den Bau  
der Drachenfels-Bahn zu verhindern bezweckte, einstimmig ver-  
worfen, weil die Versammlung in dem Bahnbau nur eine För-  
derung des Wohles unserer Stadt erblickte.

St. Goarshausen, 5. Dec. Gestern Abend gegen 5  
Uhr legte sich unterhalb des hiesigen Bahnhofes ein junger Leb-  
iger Schloffer von Laub auf die Schienen und wurde ihm von  
dem grade abfahrenden Güterzuge der Kopf abgetrennt. Nach  
dem Ab. R. soll Geistesstörung die Ursache des Selbstmordes sein.

Bernkastel, 5. Dec. Vor einigen Tagen kam, wie die  
„Mosella“ berichtet, ein Handwerksbursche mit einem noblen  
Ueberzieher angethan, hier in die Stadt eingerückt, aber auch  
gleich hinterher ein Vete von Trarbach, der nach einem Gensdarm  
fragte. Derselbe erzählte, daß es ein Handwerksbursche in Trar-  
bach einen Ueberzieher gestohlen habe, und nach Bernkastel ge-  
gangen sei. Der Gensdarm ermittelte nun auch seinen Beschreiber  
im Ueberzieher in Cues. Geschlossen nach Trarbach abgeführt,  
wurde er daselbst hinter Schloß und Riegel gesetzt. Am Tage  
darauf kam der Aufseher in seine Zelle, um das Feuer zu schüren,  
wobei er sich natürlich bückte; in diesem Augenblick aber erhielt  
er einen Tritt von hinten, daß er mit dem Gesicht in den Koh-  
lentasten fiel, und unser Handwerksbursche zur Thüre hinaus  
lief, dieselbe verriegelte und gemächlich seiner Wege ging. Bis  
heute hat man noch keine Spur von demselben.

Weimar bei Bochum, 5. Dec. Auf der Reche v reinigte  
General kam der „Ess. Vztg.“ zufolge am 2. d. M. der Bergmann  
Peter Fromm aus Varendorf dadurch zu Tode, daß er dem  
Bewerwerf der Kohlenwäsche zu nahe trat und von demselben er-  
faßt wurde. Hierbei gerieth er mit dem Kopfe so unglücklich  
zwischen Hebelstange und Lagerholz, daß der Tod augenblicklich  
eintrat. — Ferner wurden vorgestern auf Reche Prinz-Regent die  
Bergleute und Hauer Job. Friedrich Wilhelm Bösch und Ernst  
Weber, Beide aus Weimar, durch plötzliches Zubruchgehen grö-  
ßerer Kohlen und Gesteinmassen verdrückt. Dieselben konnten  
erst nach zwölfstündiger, angestrengtester Aufwühlungsarbeit unter  
den Schuttmassen hervorgezogen werden und waren, als man sie  
auffand, leider bereits todt.

## Amthliches.

Auf die für das Jahr 1879 festzusetzende Dividende der  
Reichsbankanttheile wird vom 15. d. M. ab eine zweite halbjährige  
Abzlagszahlung von zwei und ein viertel pCt. oder 67 Mark  
50 Pfg. für den Dividendenchein Nr. 11 bei der Reichsbank  
hauptkassse zu Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen in Bremen,  
Breslau, Köln, Danzig, Dortmund, Frankfurt a. M., Hamburg,  
Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim,  
München, Posen, Stettin, Straßburg i. E. und Stuttgart, bei den  
Reichsbankstellen in Aachen, Augsburg, Bielefeld, Braunschweig,  
Bromberg, Cassel, Chemnitz, Cölnen, Crefeld, Dresden, Düsseldorf,  
Elberfeld, Elbing, Emden, Erfurt, Eßen, Flensburg, Frank-  
furt a. O., Gera, Gleiwitz, Glogau, Götting, Graudenz, Halle a. S.,  
Karlsruhe, Kiel, Landsberg a. W., Liegnitz, Lübeck, Mainz,  
Memel, Metz, Minden, Mülhausen i. E., Münster, Nordhausen,  
Nürnberg, Osnabrück, Siegen, Stolp, Stralsund, Thorn, Tilsit  
und bei den Reichsbank-Commanditen in Cöslin und Insterburg  
erfolgen. Berlin, den 2. December 1879. Der Reichskanzler  
v. Bismarck.

Handels-Nachrichten.

Rhein, 9. Decbr. (Amtliche Notierungen der Handelskammer.) Weizen anfangs höher, schließt flauer; hies. eff. R. 23.00—24.00 S., fremder 24.00—25.00 S., per März 24.85—80—75 bz, 24.65 S., 24.55 S., per Mai 24.75 bz, 24.65 S., 24.55 S. Roggen anfangs höher, schließt flauer; hies. eff. R. 17.00—19.00 S., fremder 17.00—19.00 S., mit Gewicht von 69 Pfd. per Liter per März 18.30—15 bz, 18.15 S., 18.10 S., per Mai 18.35—18.10 bz, 18.10 S., 18.00 S. Hafer ohne Sack per 50 Rtl. mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter hies. eff. R. 14.00—15.00 S., fremder 14.00—15.00 S. Rüböl unverändert, per 50 Rtl. mit Faß in Eisen. eff. in Partien von 100 Ctr. R. 30.50 S., per Mai 30.00 bz, 31.10 S., 30.00 S. (Landmarkt.) Keine Zufuhr.

Rhein, 9. Decbr. (Marktbericht.) Butter per Pfd. R. 1.15. Eier per Dutzend 2.00. Schmalz per Pfund 3.00. Hühner per Paar 2.00. Enten per Paar 2.00. Gänse per Paar 2.00. Kanarienvogel 1.00. Hühner 1.20. Enten 1.20. Gänse 1.20. Schmalz 1.00. Hühnerfleisch 0.60. Entenfleisch 0.60. Gänsefleisch 0.60. Schmalz 0.70. Kartoffeln, weiße per 100 Pfd. 4.50, ditto rote 4.70. Berlin, 9. Decbr. Weizen per Dec. 235.— bz, Decbr.-Jan. 235.— bz, April-Mai 243.— bz, Mai-Juni 245.— bz. Roggen per Dec.-Jan. 171.50 bz, Jan.-Febr. 173.— bz, April-Mai 178.50 bz, Mai-Juni 181.— bz. Hafer per Dec. 141.50 bz, Dec.-Jan. 141.50, April-Mai 153.— bz, Mai-Juni 155.— bz. Rüböl loco 54.90 bz, per Dec. 54.90 bz, April-Mai 56.20 bz, Mai-Juni 56.50 bz. Spiritus loco R. 61.50 bz, Dec. 61.50 bz, Dec.-Jan. 61.50 bz, April-Mai 63.— bz, Mai-Juni 63.20 bz.

Stettin, 9. Decbr. Weizen per Dec. R. 231.—, Frühljahr 240.—, Roggen per Decbr. R. 168.—, Frühljahr 171.—, Rüböl per Dec. R. 54.25, April-Mai 56.—, Spiritus loco R. 60.90, per Dec. 60.50, Frühljahr 62.30. Breslau, 9. Decbr. Spiritus per Dec.-Jan. R. 61.80, April-Mai 64.50, Mai-Juni 64.70. Weizen per Dec. R. 217.—, Roggen per Dec.-Jan. 168.—, April-Mai 177.—, Mai-Juni 179.—, Rüböl per Dec.-Jan. R. 54.50, April-Mai 55.50, Mai-Juni 56.—, Magdeburg, 8. Decbr. Kartoffelspiritus. Locowaare höher bezahlt. Termine steigend. Loco ohne Faß R. 62.6, ab Bahn 63, per Dec. u. Dec.-Jan. 62.3 Jan.-Febr. 62.5 Febr.-März 63, April-Mai —, Mai-Juni —, per 10000 Pct. mit Uebernahme der Gebinde zu 4 R. per 100 Liter. — Rübenspiritus höher. Loco ohne R. 60.25 bz, per Dec. 60. — Antwerpen, 9. Decbr. Petroleum fest. Plant disp. frs. 24.— S., Dec. 24.— S., per Januar 23.— S., Febr. 22.50 S., März 22.25 S., Febr.-März 22.50 S. — Amerik. Schmalz Markt Wilcor disp. frs. 108.—, Amerik. Speck long disp. frs. 88, short disp. 92. — Schweinefleisch frs. 64. — Wol.-Lumpf — Wallen. Kurz Köln 124.—.

Antwerpen, 9. Dec. (Schluß.) Petroleum niedr. Disp. frs. 22.50 bz, 22.75 S., Dec. 22.50 bz, 22.75 S., Jan. — bz, 22.50 S., Febr. — bz, 22.25 S., Jan.-März — bz, 22.50 S. Paris, 9. Decbr. Mehl 8 Marken per Dec. 71.75, Jan. 72.50, Jan.-April 73.—, März-Juni 73.50. Weizen per Dec. 33.75, Jan. 34.—, Jan.-April 34.—, März-Juni 34.50. Roggen per Decbr. 23.75, Jan. 24.—, Jan.-April 24.50, März-Juni 24.75. Rüböl per Decbr. 79.50, Jan. 80.25, Jan.-April 81.50, Mai-August 82.75.

London, 9. Dec. Aufgetrieben waren 25 Ochsen, 80 Kühe, 18 Stiel Quagrich, zusammen 115 Stiel. Am Tage vorher wurden ca. 50 Stiel Vieh verkauft. Preise stellten sich für prima Waare auf 65—69 R., 2. Qual. 60—64 R., geringere Qualitäten R. 56—59. Handel lebhaft. Der ganze Viehhandel wurde verkauft. Hamburg, 8. Decbr. Der Ochsenhandel war etwas flauer; beste Waare wurde mit 56—64 R. bezahlt, flauere und geringere bis 46 R. herunter. Für den Rhein ca. 300 Stiel gekauft. Am Markt waren 1139 Stiel, wovon 114 unterkauft blieben. — Der Hammelhandel war etwas besser. Marktbestand 2215 St., wovon 1000 Stiel Rest blieben.

London, 8. Decbr. An den Markt gebracht waren 4800 Stiel Hornvieh, 11000 Schafe, 400 Kühe, — Schweine. Bezahlt wurde per Stone von 8 Pfd.: Ochsenfleisch 4 sh. — d. bis 5 sh. 8 d., Hammelfleisch 4 sh. — d. bis 6 sh. 6 d., Kalbfleisch 5 sh. — d. bis 6 sh. — d., Schweinefleisch 4 sh. — d. bis 5 sh. — d. —.

Vieh- und Pferde-Verkauf zu Neuß.

Donnerstag den 11., nicht Mittwoch den 10. Dezember d. J. Nachmittags 1 Uhr, läßt Frau Witwe Caspar Eby, wohnen zu Neuß auf ihrem Gute Ebywiesenhof vor dem Zollthor dahier 11 Stück Rinder, darunter 7 schwer tragend, 1 Stier, 1 Kuh und 1 Fohlen, 1 1/2 Jahr alt, auf langen Credit gegen Bürgschaft veräußern. Neuß. R. Gindertotte, Notar.

Mobilarverkauf zu Heerdt.

Auf den Grund eines Urtheils des Königl. Landgerichts zu Düsseldorf vom 2. December c. wird der unterzeichnete Notar am Donnerstag den 18. u. Freitag den 19. December l. J., jedesmal Vormittags 9 Uhr, zu Heerdt im Sterbehaue der Eheleute Kribbenmeister Johann Wilhelm Goebels und Maria Christina Digen die sämtlichen zu deren Hinterlassenschaften gehörigen Mobilien, nämlich: Hausmobiliën u. Küchensachen aller Art, Glas u. Porzellan, Bettungen, Leinwand und Gebild, Ader- und Nachengeräthschaften u. s. w. öffentlich gegen Zahlungs-Ausstand verkaufen. Am vorhergehenden 17. December werden die zu den obigen Nachlassenschaften gehörigen, zu Heerdt in der günstigsten Lage gelegenen 3 Wohnhäuser, sowie eine Dampfmahlmühle licitirt. Neuß. R. Gindertotte.

Eau de Cologne.

Prima Qualität per Flasche 1 Rtl. 20 Pfg., per 1/2 Flasche — 60 Pfg. Expedition der Neuß-Grevenbroich. Zeitung.

Schlittschuhe in großer Auswahl empfiehlt R. Broix.

Schlitten in schöner Auswahl empfiehlt Geschw. Wiegand.

Patent-Schlittschuhe in großer Auswahl, sehr elegant mit Schrauben, empfiehlt äußerst billig Jos. Woffen, Zollstraße.

Schraubenschlittschuhe eigenes Fabrikat, unter Garantie billigt bei Jac. Geh, Kapitelstraße.

Neue Erbsen und Bohnen, weischochen, en gros et en detail empfiehlt Carl Wasserburger.

Sauerkraut per Pfd. 10 Pfg. Butter per Pfd. 85 Pfg. Eier 8 Pfg. per Stück, 25 Stück 1 R. 90 Pfg., 100 Stück 7 R. 50 Pfg., empfiehlt die Fleischwaarenhandlung von M. Hansen, Büchel 44.

Neuerdings bedeutend verbesserte Staub- und Wammühlen, sowie Fruchtsäcken empfehle bestens. Probezeit bewilligt. Bernh. Freise, Neuß.

West-Post-Feder.

Beste und dauerhafteste von allen Stahlfedern, zu haben bei J. van Haag, Buchhandlung in Neuß.

Dombanloose

3 Markt zu haben bei S. Schröder, Niederstr. 51. Ein Schaf zugelassen. Wo, sagt die Exp. d. Stg. Ein 4 Pfg. Schlitten zu verkaufen. Wo sagt die Exped.

Neu-, Stepp-, Pierde- und wollene Decken, Daunen, Federn und Pflanzendaunen in großer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt Rudolf van Endert.

J. van Haag, Buch-, Kunst- und Musikalien-Handlung

empfehlen sein großes Lager in Büchern aus allen Fächern der Literatur, sowie eine große Auswahl besonders zu Geschenken geeigneter Bücher, Jugendbüchern, Atlanten u. c. c. Mit Vorratung wird auf Bestellungen in kürzester Zeit 3 bis 4 Tagen geliefert. Ferner empfehle mein großes Lager in Papier, Couverts und Schreibmaterialien jeder Art. Geschäftsbücher in soliden Einbänden, Comptoirrechen, Schreibhefte, Zeichenpapier und sonstige Zeichenutensilien, sämtliche in den hiesigen und auswärtigen Schulen eingeführten Schulbücher, Gebetbücher in deutscher, französischer und lateinischer Text in den gewöhnlichsten bis zu den feinsten Einbänden u. c. c. Alles zu den billigsten Preisen. Wiederverkäufern höchster Rabatt.

Felzwaaren

empfehlen in großer Auswahl zu billigen Preisen. Für gute und reelle Waare wird garantiert. Reparaturen und Umänderungen rasch und billig. Werden zum höchsten Werthe angekauft. B. J. Reiffer, Kürschner. Ausstopfen von Vögel und sonstigen Tieren sowie alle Reparaturen und Veränderungen an Pelze werden prompt besorgt.

Pianinos-Berlin.

Geehrte Bestellungen zu Weihnächten bitte schon jetzt gefälligst aufzugeben, damit ich dieselben mit bekannter Prompte und Zuverlässigkeit ausführen kann. Kostenfreie Probefortbildung, leichte Abzahlung, hoher Rabatt bei Barzahlung, ausgeübte Garantie, Preisverzeichniß sofort gratis. Th. Wiederslauffer, Berlin, Dorotheenstr. 88. Officieller Lieferant für alle deutschen Postvereine.

Schlittschuhe angekommen bei Wilh. Josten Söhne.

Ein in der besten Lage der Stadt gelegenes Ladenlokal mit sämtlichen Ladeneinrichtungen und dazu gehöriger Wohnung, worin seit mehreren Jahren ein Colonialwaaren-Geschäft mit dem besten Erfolge betrieben wurde, ist per ersten Januar zu kaufen, oder zu mieten. Näheres durch Eduard Gladbach.

Ein goldener Siegel-Ring

verloren. Abzugeben gegen gute Belohnung in der Exp. d. Bl.

Ein junger flotter Esel

billig zu kaufen. Wo, sagt die Exp.

Ein Hausknecht für sofort gesucht.

Wo, sagt die Exp.

Ein Bäckergeselle gesucht.

Wo, sagt die Exp.

Ein starker Bäckereibehring gesucht.

Von wem, sagt die Exp.

Ein erfahrener Maschinen-Mechaniker für ein Walze- und Weiswaren-Geschäft auf dauernde Arbeit gesucht.

Von wem, sagt die Exp.

Ein Mädchen, das die Führung der Haushaltung in der Ackerwirtschaft versteht, wird zu Lichtmess gesucht.

Freco. Offerten unter W. B. 65 der Exp. d. Stg.

In einer kleinen Familie wird gleich zur Ausbülfe ein Küchenmädchen gesucht.

Wo, sagt die Exp.

Generalreferent Dr. Gammacher: Nach dieser Erklärung kann ich mich darauf beschränken, dem Hause einfach die Vorschläge der Commission zur Annahme zu empfehlen. — Nach längerer Debatte zieht der Abg. v. Quene seinen Antrag zu Gunsten eines neuen Antrages Abberath zurück, wonach, wenn der Landtag nicht versammelt ist, die Regierung in dringenden Fällen auch ohne dessen Zustimmung vorbehaltlich seiner nachträglichen Genehmigung Tarife erheben kann. Zu §. 1 melden sich 3 gegen, 2 für die Vorlage. Abberath gegen die Vorlage. Abberath führt aus, daß die Eisenbahnen zu teuer angekauft wurden und kein Grund vorliege, die Actionäre gegenüber den Prioritätenbesitzern zu bevorzugen. Er bemängelt die hohe Abfindung einzelner Directorenbeamten, vermißt Garantien gegen die politische Beeinflussung der übernommenen Beamten, namentlich bei den Wahlen. In Rücksicht hierauf werden er und seine Freunde vielleicht noch einen Antrag auf geheime Abstimmung bei den Landtagswahlen einbringen. Löwe (Bismarck) hält seinerseits den gegenwärtigen Zeitpunkt für den geringsten, meint, die Regierung habe bei Abschluß der Kaufverträge höchst loyal und gerecht gehandelt, das Privatbahnsystem habe sich überlebt. Nach längerer Debatte wird der erste Punkt des ersten Paragraphen (Ankauf der Stettiner Bahn) gegen die Stimmen des Centrums und des Fortschritts, der zweite Punkt (Ankauf der Magdeburg-Halberstädter Bahn) gegen die Stimmen des Centrums, des Fortschritts und von etwa fünf Nationalliberalen genehmigt. Bezüglich der von einzelnen Rednern eingetragenen Bestimmung des letztgedachten Kaufvertrages, wonach der Staat berechtigt ist, alle erworbenen Rechte und Pflichten auf das Reich zu übertragen, erklärt Minister Maybach, die Bestimmung bezwecke lediglich, dem Staate gegenüber der Gesellschaft das Recht zu wahren, den Betrieb der Bahn an das Reich zu überlassen. Wenn der Moment dazu eintrete, den er noch nicht voraussehe, werde die Regierung die Zustimmung des Landtags einholen müssen.

Berlin, 9. Dec. Die hier und da auftauchende Ansicht, daß die gegenwärtige Landtagssession in Folge der Vorlagen des Ministers des Innern sich bis tief in das Frühjahr erstrecken würde, entspricht nicht den wiederholt ausgesprochenen Wünschen der Staatsregierung, zumal der Reichstag einer besonders wichtigen und inhaltreichen Session entgegengeht. Wien, 9. Dec. Die Delegationen werden ohne Rücksicht auf den Stand der Wehrgefechte am 16. d. für einige Tage zusammenzutreten. — Der Ausschuss der Montenegro- und Albanen ist bis jetzt nur durch ersichtlich übertriebene Berichte aus Cetinje bestätigt worden. Die Montenegro-erklären bis zur Ankunft Muthitar Pascha's ruhig stehen bleiben zu wollen. — Die Auflösung der bulgarischen Kammer findet die volle Billigung der hiesigen Regierung. Dennoch gilt die Lage des Fürsten für ernst, da sich eine Aenderung der bulgarischen Verfassung als unausweichlich herausstellt.

Wien, 9. Dec. In officiellen Kreisen verlautet, daß, falls die Verfassungspartei auf Ablehnung des Wehrgefeßes beharrt, das Cabinet Taaffe zurücktreten und Graf Jochenow ein neues Cabinet bilden werde.

Wien, 9. Dec. In officiellen Kreisen verlautet, daß, falls die Verfassungspartei auf Ablehnung des Wehrgefeßes beharrt, das Cabinet Taaffe zurücktreten und Graf Jochenow ein neues Cabinet bilden werde.